

Kein Kuhhandel mit der Abgeltungssteuer

Gastkommentar in der Badischen Zeitung vom 17.5.2003

„Endlich ein gutes Vorhaben der Bundesregierung in der Steuerpolitik!“ So war die einhellige Reaktion in Presse und Wirtschaft, als der Kanzler Ende 2002 verkündete, dass man auf Zinserträge eine Abgeltungssteuer von 25 % einführen werde. Selbst die Opposition, sonst geübt in der reflexartigen Ablehnung von Reformvorhaben der Regierung, signalisierte Zustimmung. Nur Teile der SPD-Fraktion und des Bundesfinanzministeriums murrt anfangs, verstummten aber bald. Das Projekt schien bereits gelaufen.

Doch inzwischen sieht – wieder einmal – alles anders aus: Nicht nur bei der „Agenda 2010“, sondern auch hier versuchen die Reformgegner, das Projekt doch noch zum Scheitern zu bringen. Der mehrfach angekündigte Kabinettsbeschluss musste immer wieder verschoben werden. Derzeit steht in den Sternen, wie es weitergehen soll.

In Berlin hört man inzwischen immer vernehmlicher, dass der Kanzler bereit sein könnte, die Abgeltungssteuer zu opfern, um in der eigenen Fraktion möglichst große Teile seiner „Agenda 2010“ durchzusetzen. Die Reform des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherung sei wichtiger als die Kapitalertragsbesteuerung, heißt es.

Was für ein Irrglaube! Wo sind wir in Deutschland hingekommen, dass ein vernünftiges Projekt als Bauernopfer erhalten soll, damit die Regierung für ein anderes vernünftiges Projekt die Mehrheit im eigenen Lager bekommt? So kann und darf man keine Politik machen. Und gerade bei der Kapitalbesteuerung wäre dieser Kuhhandel besonders fragwürdig.

Worum geht es? Anders als in vielen anderen EU-Ländern muss der Bürger in Deutschland Zinseinkünfte heute mit dem gleichen Steuersatz versteuern wie etwa sein Gehalt. Die Abgeltungssteuer dagegen setzt einen pauschalen Steuersatz (z.B. 25 %) auch für diejenigen fest, die bei ihrem Gehalt einen höheren Satz (z.B. 45 %) entrichten müssen. Die Reformgegner kritisieren, dies sei sozial ungerecht. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit sei nicht die steuerliche Entlastung des Kapitals geboten, sondern die Entlastung der Arbeit. Hier wird wieder einmal die seit Marx nicht ausrottbare Behauptung von einem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit herangezogen. Das Gegenteil ist richtig. Es liegt geradezu im Interesse aller Arbeitnehmer, dass möglichst viel Kapital gebildet und eingesetzt wird. Denn Kapital steigert die Produktivität der Arbeit. Dies und nur dies ermöglicht höhere Löhne und Gehälter. Daher muss den Menschen daran gelegen sein, dem Kapital und der Kapitalbildung möglichst attraktive Bedingungen zu bieten. Dazu gehört auch eine geringe Besteuerung der Kapitalerträge: Die Menschen bilden um so eher Kapital, je weniger der Staat ihnen von den Erträgen wieder wegnimmt (zumal ja schon das Einkommen versteuert wurde, aus dem gespart, also Kapital gebildet wird). Um es auf den Punkt zu bringen: Volkswirtschaftlich optimal ist eine Null-Besteuerung der Kapitalerträge.

Bildlich gesprochen, starren die Reformgegner auf den heutigen Kuchen und sorgen sich darum, wie er zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen aufgeteilt wird. Die Abgeltungssteuer wirkt dagegen auf einer ganz anderen Ebene: Sie trägt dazu bei, dass der Kuchen in der Zukunft größer wird, so dass am Ende alle davon profitieren und auch die Löhne steigen können.

Offenbar haben die Bürger die Bedeutung von Sparen und Investieren besser verstanden als Teile der Politik: Über 70 % der Deutschen sind für eine geringere Besteuerung von Kapitalerträgen als von anderen Einkunftsarten.

Und noch ein Punkt ist wichtig: Schon heute haben Deutsche viele 100 Milliarden Euro im Ausland angelegt, um sie der Besteuerung in Deutschland zu entziehen. Die jüngste Diskussion um die Wiedereinführung der Vermögensteuer hat noch einmal viele Milliarden aus Deutschland vertrieben. Wenn jetzt auch noch entgegen der Ankündigung die Abgeltungssteuer kippen sollte, würde wohl auch noch der letzte Rest an Vertrauen in die Verlässlichkeit der deutschen Politik verloren gehen. Darum die Aufforderung an den Kanzler: Kein Kuhhandel!

Dr. habil. Lüder Gerken, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für Ordnungspolitik